



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 6,- Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 4,- Mk., Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 50 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Für die Woche vom 21. bis 27. Mai 1922 ist die Belagsmarke in das mit 21 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Erhöhung der Ortsbeiträge

Hellbronn ab 1. Mai für alle Mitglieder 50 Pf. wöchentlich.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu die Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.

J. M. C. Pucher, 1. Vor.

Bekanntmachung

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker wird für den 26. Mai und folgende Tage zur Verhandlung nach Berlin, Schadowstr. 7 (Ressource, 1. Etage), einberufen, um über nachstehende Anträge Beschluß zu fassen:

1. Erhöhung der Feuerungszulage für Gebläsen;
2. Erhöhung des Zuschlags für Maschinenlehrer (§ 3);
3. Festschreibung der Feuerungszulage für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen wie für Gebläsen.

Die Verhandlungen beginnen am 26. Mai früh 10 Uhr. Eine besondere schriftliche Einladung der Verhandlungsteilnehmer erfolgt nicht; die Herren werden aber gebeten, dem Tarifausschuß mitzubringen, ob sie an der Verhandlung teilnehmen werden.

Berlin, 15. Mai 1922.

Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker.

Rudolf Ullstein

Robert Braun

Prinzipalvorsitzender

Gebläsenvorsitzender

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Zunehmende Schwierigkeiten

Das neue Lohnabkommen hat in Hilfsarbeiterkreisen wenig Befriedigung gefunden. Die Entschließungen aus vielen Orten, die dem Vorstandsvorstand zugegangen sind, reden eine deutliche Sprache. Alle drücken aus, daß die neuen Lohnverordnungen in keinem Verhältnis zu den ungewohnten Preiserhöhungen stehen und darum schnellstens neue Lohnverhandlungen angestrebt werden müssen. Die nach dem letzten Lohnabkommen in den Mitgliederversammlungen angenommenen Protestresolutionen sind nicht nur dem Inhalte nach, sondern auch im Ausdruck gleichlautend. In manchen Orten sind von den Graphischen Kartellen diese Entschließungen formuliert und den Versammlungen zur Annahme empfohlen worden. Diese Art war sonst nicht üblich gewesen. Man überließ jeder Versammlung die Stellungnahme zu dem erfolgten Abschluß, und so konnte es kommen, daß die Buchdrucker annahmen und die Hilfsarbeiter ablehnten oder umgekehrt. Mit der Abfassung sogenannter Musterresolutionen sollte man lieber mehr zurückhalten. Es scheint auch, als ob die Kartelle andere notwendige Aufgaben zu erledigen hätten. Im Graphischen Kartell sind übrigens noch zwei andere Berufe vertreten, für die es ebenfalls zu einem neuen Lohnabschluß gekommen ist. Es kann doch nicht angenommen werden, daß auch für diese Arbeitergruppen dieselbe Entschließung empfohlen worden ist.

Unsere Mitglieder sollten überzeugt sein, daß die Verbandsleitung die neuen Feuerungszulagen auch nicht befriedigen, und daß sie unausgesetzt bemüht ist, die Lohnverhältnisse für die Kollegen und Kolleginnen zu ändern und zu bessern. Alle die gegebenen Hinweise von einzelnen Mitgliedschaften, was notwendig und wie ungerecht das bestehende Lohnsystem ist, sind natürlich auch schon von den verantwortlichen Funktionären des Verbandes, Vorstandsvorstand und Gauleitern, an richtiger Stelle gemacht worden. Wer wollte aber von den Mitgliedern die Schwierigkeiten verkennen — in vielen Versammlungen ist das auch offen anerkannt worden —, die unseren Verhandlern entgegenstehen. Noch einmal an dieser Stelle die Versicherung abzugeben, daß nichts unterlassen worden ist, was im berechtigten Interesse des Hilfspersonals gelegen ist, erscheint überflüssig. Die Mitglieder sollten die gegenwärtige Situation im Gewerbe richtig beurteilen und nicht bei Beachtung der Schlinge nur ihre eigene nähere Umgebung ins Auge fassen. Verkündlich ist die Erbitterung der Mitglieder gegen das unbegreifliche Verhalten der Unternehmer im Buchdruckgewerbe, die sich mit den Vertretern der graphischen Arbeiterkraft nicht verständigen wollten und erst den Entschluß

eines Schiedsgerichts haben mußten, um das bekannte ungenügende Zugeständnis zu machen; aber überlegen sollten wir uns im Augenblick, ob dem Verlangen mancher Kollegentreife schon jetzt entsprochen werden kann. Die Haltung der Mitglieder während der letzten Monate war gut — keine Entgleisungen zählen nicht —, jedenfalls steht so viel fest, daß das Hilfspersonal besser tarifliche Ordnung gewahrt hat als die Unternehmer, die sich den Beschlüssen des Tarifausschusses oft nicht fügten und dem so schlecht bezahlten Hilfspersonal vorenthielten, was ihm von Rechts wegen zuzustehen.

So wie es bisher war, muß es weiter bleiben. Jedermann auf seinem Posten hat die Pflicht, für das Ganze einzustehen. Eine Mitgliederversammlung in einem Gau vorort erklärte, daß sie auf papierene Entschließungen keinen Wert lege, aber geschlossen hinter ihren Führern stehe und jederzeit bereit sei, deren Befehle unerschütterlich nachzukommen. So muß es sein. Die gesamte Mitgliedschaft wird so sprechen müssen. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr so fern, da sie ihr Versprechen einlösen kann.

Was für Zeiten ein Teil der Unternehmer im Buchdruckgewerbe erleben, und auf was die graphischen Arbeiter gefaßt sein müssen, sagt uns ein Anonymus in der „Zeitschrift“, der schamhaft oder feig seinen Namen verschweigt:

Warn!

So kann es nicht weitergehen! Es ist eine landläufige geworden Redensart, aber sie hat ihre Berechtigung. Als ich las, daß die Gebläsen eine Lohnzulage von 400 Mk. fordern, konnte ich nur eines sagen: verrückt! Ich hätte mich nicht gewundert, wenn irgendein Straßengelehrer eine solche Forderung erhoben hätte, aber Abgesandte der Buchdruckergehilfen? Nein — das war mir unverständlich. Ich hätte mich keine fünf Minuten mit Leuten unterhalten, die es wagen, einen solchen Unfuss als Logungsordnungsentscheid vorzulegen; ich hätte sie einfach sitzen lassen.

Sonstigen hat das Reichsarbeitsamt entschieden. Ich will mich damit nicht weiter beschäftigen, überhaupt mich nicht in Einzelheiten einlassen. Ich denke an Höheres, Durchgreifenderes. Ich sage: So kann es nicht weitergehen. Da uns aber niemand hilft, wollen wir uns selbst helfen. Wie? Laßt mich sprechen!

Die Gehilfenschaft ist übermäßig geworden, reiner Lebermut nur kann das reden, was ich hörte, was ich las. Nun gut. Streiten wir uns nicht um die Summen, aber um Prinzipien. Wenn unsere Gehilfen schon auf dem Standpunkt stehen, insofern ihrer Unentbehrlichkeit sich alles erlauben, alles fordern zu können, so wollen wir ihnen das Gegenteil beweisen. Fangen wir von vorne an.

Wir bewilligen unseren Gehilfen die Löhne, die — nach wie vor — gerecht und billig sind, aber nicht mehr. Wir wollen noch moderner sein wie sie und — Stunden Löhne einführen; das ist ja der moderne Lohnmaßstab. Gut! Aber wir wollen keine Stunde mehr bezahlen, in der nicht gearbeitet wird. Gehen wir aufs Ganze!

Weg mit der Feiertagszahlung, weg mit den Ferien! Zeiten, da die Stunde 20 Mk. und mehr kostete, dulden keinen Müßiggang, der bezahlt werden soll. Höret auf mich, Ihr Buchdrucker: Gehet aufs Ganze — schließt eure Berteile. Öffnet sie nicht wieder, bis die Gehilfen erklären, daß sie auf Feiertagszahlung und auf Ferien verzichten —; über den Lohn wollen wir mit ihnen reden, aber nur über ihn. Alle vor oder nach der Revolution in den Tarif hineingekommenen Unsinnsigkeiten müssen aus ihm heraus.

Ihr wollt nicht? Wie? Habt Ihr Angst vor einem Streit? Nein — seid froh, wenn Ihr eine Zeitlang Ruhe habt vor diesen ewigen Gemeinheiten, vor diesem täglichen Zusätzkommen, vor diesen Herumstehen, Herumdüken, vor den häßlichen Bemerkungen, vor der Schandenfreude, wenn etwas fest ging. In Süddeutschland stehen seit Wochen große Fabriken still. Was tut's? Nichts. Schließen auch wir. Das Papier wird davon, daß wir keines verdrucken, sicher nicht teurer. Schließen wir, wir haben es satt bis oben hin. Öffnen wir erst wieder, wenn sie kommen, und alles, alles zugeben, was wir fordern.

Höret auf mich, Kollegen — es gibt Fälle, wo das Recht nur durch Gewalt hergestellt wird. Greifen auch wir nun zur Gewalt. Denn: Es ist genug. +++

Das Eingeladene dieses lampförmigen Unternehmers spricht für sich. Wir wollen daher seine Wirkung nicht durch Zugeständnisse abwischen. In Stuttgart warnen die Prinzipale einbringlich vor Bewilligung neuer Feuerungszulagen, da sie sonst ihrer „unentwegten Tarifreue einer Revision unterziehen“ müßten. Ein anderer Prinzipal bezeichnet die Gebläsen als große Kinder, die sich von ihrer Vertretung Märchen aufhängen läßt, weil sie nicht den Mut aufbringen, die tatsächlichen Verhältnisse zu schildern.

Vorstehend ist kurz die Stimmung in beiden Lagern wiedergegeben. Ende Mai tritt der Tarifausschuß zusammen. Von den Vertretern des Hilfspersonals ist erneut der Antrag auf Gleichstellung der Zulagen mit denen der Gebläsen gestellt worden. Ob es bei der bestehenden Situation zu einer Verständigung kommen wird, erscheint fraglich. Gebläsen und Hilfsarbeiter sehen den Dingen ruhig entgegen.

Gautag des Gaus V

Am 16. April fand in Dresden die Gaukonferenz des Gaus V statt. Anwesend waren außer dem Kollegen Bucher als Vertreter des Gauvorstandes 33 Delegierte aus 25 Zahlstellen, ferner die Vertreter des Buchdrucker-, Steindrucker- und Buchbinderverbandes. Der Vorsitzende Kollege Herrmann erstattete Bericht über den Stand des Gaus, der am Anfang des Berichtsjahres 21 Zahlstellen umfaßte. Zu ihnen sind noch 8 Zahlstellen hinzugekommen. Davon sind Grimmitzschau, Borna, Großsch. und Grimma am den Gau VI überwiesen worden. Neu hinzugekommen sind Schlettau, Pirna, Wurzen und Riesa. Am Anfang des Jahres 1922 sind in Aue, Mart. neudorf und Kössen neue Zahlstellen gegründet worden. Der Mitgliederstand betrug am Anfang des Berichtsjahres 722 männliche, 2342 weibliche, insgesamt 3064 Mitglieder und erhöhte sich um 222 männliche und 814 weibliche, gleich 1036 Mitglieder; er betrug am Jahresschluß 944 männliche und 3156 weibliche, insgesamt 4100 Mitglieder. Davon waren 1771 im Buchdruck und 2329 im Steindruck beschäftigt.

Die Einnahmen an Eintrittsgeldern und Mitgliedsbeiträgen betragen 447 393,60 Mk., ein Mehr gegen das Jahr 1920 von 219 683,50 Mk. An Unterstufungen aus der Hauptkasse wurden im Laufe des Berichtsjahres 31 760,40 Mk. gewährt. Der Ueberfluß, welcher an die Hauptkasse gelangt werden konnte, betrug 323 254,72 Mk., gegen das Jahr 1920 ein Mehr von 164 427,88 Mk. Der Bekaltassenbestand der Gavarie erreichte am Jahreschluß die Höhe von 68 955,55 Mk. und hat sich demnach verdoppelt. Einen Lokalbeitrag erhoben 27 Zahlstellen von 10 Pf. bis zu einer Mark. Jedes Mitglied hat durchschnittlich 49,5 Mark im Jahre 1921 entnommen.

Zur Lohnbewegung übergehend, schilderte der Redner die noch bestehenden Verhältnisse und Schwierigkeiten, welche bei den Tarifausschlußhandlungen und Verhandlungen stets zu überwinden sind. Weiter skizzierte er die Gründe, welche maßgebend waren, daß für das Steindruckerhilfspersonal noch kein Reichstarif besteht. Derselbe Tarif sei in einzelnen Zahlstellen durchgeführt, in einem anderen Teil der Zahlstellen wird das Steindruckerhilfspersonal nach dem Reichstarif des Buchdruckerhilfspersonals bezahlt. In den anderen Zahlstellen wird versucht werden, ebenfalls eine Regelung der Löhne für das Steindruckerhilfspersonal herbeizuführen. Bei der Gewinnung der Arbeiterkraft im Buchdruck für unsere Organisation bestehen noch Schwierigkeiten mit dem Metallarbeiterverband, aber auch hier wird die Zukunft entscheiden.

Den Bericht des Gauleiters ergänzten einzelne Delegierten durch Bekanntgabe örtlicher Vorkommnisse. Kollege Fiedewitz-Geminn schilderte die rege intensive Tätigkeit seit der Zeit seiner Abfertigung, kritisierte das reaktionäre Verhalten der Chemnitzer Prinzipale und erkannte die Schwierigkeiten voll und ganz an, welche unseren Verhandlern bei jeder Tarifverhandlung entgegenstehen. Er begrüßte das kollegiale Zusammenarbeiten mit den Bruderorganisationen und wünschte, daß der Gautag dazu beitragen möge, dieses Verhältnis überall noch mehr zu festigen. Weitere beachtenswerte Ausführungen machte Kollege Hammer-Crimmitzschau. Er berichtete, daß die dortige Kollegenschaft nach dem Leipziger Tarif entlohnt wird. Des weiteren erfreulich und interessant waren die Berichte und Ausführungen von verschiedenen Delegierten. Bedauert wurden nur immer wieder von den verdienstlichsten Rednern die prozentualen Feuerungszulagen, welche dazu führen, daß langjährige Mitglieder in andere Berufe übersiedeln und damit die besten unserer Organisation verloren gehen. Sie wünschten, daß Mittel und Wege gefunden werden, um diese belästigende Ungerechtigkeit zu beseitigen. Kollege Herrmann gab in seinem Schlußwort noch Aufklärung über verschiedene Anfragen, dankte den Gaufunktionären für ihre unermüdbare, aufopferungsvolle Tätigkeit und Mitarbeit, die einzelne energisch und zielbewußt geleistet haben. Besonderen Dank sprach er den als Zahlstellenleiter tätigen Buch- und Steindruckern für ihre willige, ideale Mitarbeit aus.

Dann erledigte der Gautag die eingegangenen 10 Anträge. Man beschloß, über die Anträge, welche eine höhere prozentuale Entschädigung für das Buchdruckerhilfspersonal und den Reichstarif für das Steindruckerhilfspersonal anstreben, zunächst nicht zu debattieren. Kollege Bucher be-

sprach in seinem Vortrag diese Anträge besonders. Zur besseren Finanzierung der Gattstoffe wurde nach längerer Debatte einstimmig beschlossen, den Gattbeitrag pro Woche und Mitglied auf 10 Pf. festzusetzen, welcher ab 1. April 1922 zu zahlen ist. Die Entschädigung für Ortsvorsitzende und Kassierer wurde verdoppelt und die Diätensätze nach dem Werbendbeitsbeschluss festgelegt. Die Anträge, welche sich mit dem Werbendbeitsbeschluss befähigten, wurden als verurteilt angesehen und zurückgezogen. Der Entwurf eines Gattstatuts wurde zugestimmt und der Gattvorstand beauftragt, ein solches auszuarbeiten.

Hierauf referierte Kollege Ruder über Lohn- und Tarifbewegungen. In längeren Ausführungen schilderte er die Wirkungen des Reichstatts auf das gesamte Buchdruckerhilfspersonal Deutschlands. Er erkannte die Unzufriedenheit an, die über die immer größer werdende Spanne in der Entlohnung zwischen Gehilfen und Hilfspersonal zutage tritt, verbot sich aber auch nicht darauf hinzuweisen, wie groß die Gewerkschaft unter den Prinzipalen namentlich in der Provinz gegen den Reichstatts des Hilfspersonal geworden ist. Diese Tatsache gibt uns allen Veranlassung, das organisierte Hilfspersonal vorzubereiten und zu kämpfen zu erziehen, falls diese Strömung in Prinzipalstreifen bei der zukünftigen Tarifrenewierung Oberwasser gewinnen sollte. Zum Steindruck übergehend, teilte er die Gründe mit, welche für die Unternehmer maßgebend sind, den Abschluss eines Reichstatts für das Hilfspersonal in diesem Bereiche abzulehnen. Da fast in allen Großstädten örtliche Tarife bestehen, ist in diesen Städten der gewerbliche Frieden zeitweise gewahrt. Diese Umstände hätten die Prinzipalvereinigung in ihrer absehbaren Haltung gegen den Reichstatts. Trotzdem darf nichts unversucht gelassen werden, um zu einem Reichstatts für das Steindruckereihilfspersonal zu gelangen, selbst wenn durch Kampf das Ziel erreicht werden müsste. Das Schriftstellershilfspersonal ist restlos unserer Organisation beigetreten. Zum Schluss forderte er nochmals zur weiteren regen Mitarbeit auf, um das Errungene zu behalten und weiter auszubauen. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine trefflichen Ausführungen zuteil. Längere, sehr beachtenswerte Ausführungen über den noch nicht zustande gekommenen Reichstatts für das Steindruckereihilfspersonal machte der Vertreter des Steindruckereihilfsverbandes, Genosse Leinen. Redner schilderte aus der Praxis ganz besonders die Schwierigkeiten, welche von Prinzipalstreifen gemacht werden, um die Einführung eines solchen Tarifes zu verhindern. Er begriffte es nur, wenn einmal ein solches Verhältnis erreicht würde, wie es im Buchdruckgewerbe besteht. Verschiedene Differenzen wären damit erledigt und ein besseres Zusammenarbeiten ermöglicht.

Unter Verschiedenes wurde als nächster Gatttagungs-ort wieder Dresden bestimmt. In seinem Schlusswort verwies Kollege Herrmann nochmals auf den Wert und die Bedeutung des Gatttages hin. Er forderte auf, treu und einig zusammenzufestehen, die Mitglieder zu überzeugten Gewerkschaftskämpfern heranzubilden. Sehr notwendig sei die Auffassung der Mitglieder über die Wichtigkeit der reaktionären Kreise Sachsen, eine Landtagsauflösung herbeizuführen, dadurch die sozialistische Regierung zu stützen und weiterhin die neu eingeführten Feiertage, den 1. Mai und 9. November, wieder abzuschießen. Alles dieses hoffen sie durch einen Volksentscheid zu erreichen. Fieberhaft rüstet die Kapitalklassen zu dem Hauptschlage gegen die gesamte Arbeitererschaft. Dies muß uns ein Unglück sein, es ihnen gleich zu tun. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und den Bau erreichte die Tagung ihr Ende.

17. Tagung des Ausschusses des ADB.

Zu Beginn der am 2. und 3. Mai abgehaltenen Tagung ehrte der Bundesvorsitzende Leipart zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Otto Jue.

Sodann beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Kampfe der Metallarbeiter in Süddeutschland. Einmütig gaben sämtliche Redner ihre Meinung dahin kund, daß es sich um einen Kampf handele, der nicht nur die Metallarbeiter, sondern die gesamte Arbeitererschaft angehe. Der Ausschuss sagte dazu einen Beschluß, der bereits in Nr. 18 der „Solidarität“ veröffentlicht wurde.

In seiner vorigen Tagung (28. und 29. März) hatte der Ausschuss den damals vorgelegten Entwurf über eine gemeinsame Regeln für die Führung und Unterstützung von Streiks an die zu deren Ausarbeitung eingesetzte Kommission zurückverwiesen. Die Kommission legte nunmehr einen neuen, in verschiedenen Punkten abgeänderten Entwurf vor. Auch dieser hatte eine längere Auseinandersetzung zur Folge. Er wurde jedoch mit einigen Änderungen angenommen und soll nunmehr dem Gewerkschaftskongress vorgelegt werden. Sein Wortlaut wird mit den Anträgen zum Gewerkschaftskongress in „Korr.-Bl.“ des ADB veröffentlicht.

Ueber den vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Entwurf zu einem Arbeitsgerichtsgesetz sprach Herrmann Müller und wies nach, daß die Regierung von allen Seiten verlassen gewesen sein muß, als sie in solcher Weise noch mehr Jüdischthümlichkeit anhäufte. Der Redner wandte sich besonders gegen die Herabsetzung der bisherigen Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die darin liegt, daß der Reichsjustizminister Rabbruch auf dem Parteitag zu Wörlitz sich noch gegen die Angliederung dieser Gerichte an die ordentlichen Gerichte ausgesprochen und später eine gegenteilige Meinung kundgegeben hat. Die Gewerkschaften müßten es ablehnen, dem Reichsjustizminister auf diesem Wege zu folgen. Folgende von Müller vorgelegte Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

„Der vom Arbeitsministerium vorgelegte Referentenentwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes findet nicht die Zustimmung des Ausschusses des ADB.“

Der Entwurf will die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Sondergerichte beseitigen und Arbeitsgerichte bilden, die den Amtsgerichten angegliedert sind.

Zur Begründung dieser Umstellung wird angeführt, daß damit eine nicht nur von politischen Einflüssen freie, sondern auch eine sachkundige Geschäfts- und Prozessleitung gesichert werde, daß auch die Eingliederung der neuen Arbeitsgerichte auf die ordentlichen Gerichte und ihre Rechtsprechung in sozialer Hinsicht einen überaus segensreichen und belebenden

Einfluß ausüben und sie mit Verständnis für soziale Fragen erfüllen werde. Auch finanzielle Gründe werden geltend gemacht.

Der Ausschuss stellt demgegenüber fest, daß die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sich im allgemeinen das volle Vertrauen aller beteiligten Kreise erworben haben. Er stellt weiter fest, daß eine Reform der ordentlichen Gerichte allerdings dringlich geboten ist, legt aber entschiedenen Verwahrung dagegen ein, daß diese Reform mit der Auslieferung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an die ordentlichen Gerichte begonnen werden soll.

Auch den Grund, daß durch die notwendige Verallgemeinerung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ersonstige Kosten entstehen würden, kann der Gewerkschaftsausschuss nicht gelten lassen. Schlichtungsordnung, Tarifgesetz und Arbeitsnachweisgesetz sehen ein dichtes Netz von Sozialbehörden vor. Mit diesen lassen sich die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ohne erhebliche Kosten verbinden.

Für unannehmbar erklärt der Ausschuss auch die geplante Zulassung der Rechtsanwältinnen zu den Arbeitsgerichten. Die aus den Gewerkschaften eingegangenen Anträge zum Gewerkschaftskongress lagen dem Ausschuss im Abzug vor. Da es wegen der Menge der Anträge nicht möglich war, sie schon in dieser Sitzung mit der erforderlichen Gründlichkeit zu besprechen, verlagte der Ausschuss die Aussprache darüber bis zur nächsten Tagung.

Leipart berichtet kurz über den Internationalen Gewerkschaftskongress. Der Bericht wurde von Gertrud Hanna hinsichtlich der Verhandlungen über die Beziehungen zum Internationalen Arbeiterinnenbund und von Hauslein (Buchbinder und Papierverarbeiter) über die Beratungen der internationalen Berufssekretäre ergänzt.

Existenzminimum und Einkommen

Von Dr. R. Kuczynski.

Nach meinen Berechnungen betragen die wöchentlichen Kosten des Existenzminimums für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren im April 1922 in Groß-Berlin 915 Mt. gegenüber 28,80 Mt. im letzten Vorkriegsjahr, d. h. 32mal soviel. Die Steigerung war natürlich nicht für alle Bedarfsgruppen die gleiche. Es stiegen z. B. die Ausgaben für Ernährung von 9,80 Mt. auf 417 Mt., d. h. auf das 43fache, Wohnung von 5,50 Mt. auf 14 Mt., d. h. auf das 2½fache, Heizung von 1,15 Mt. auf 51 Mt., d. h. auf das 44fache, Beleuchtung von 0,75 Mt. auf 23 Mt., d. h. auf das 30fache, Befleidung von 5,85 Mt. auf 210 Mt., d. h. auf das 36fache, Sonstiges von 5,75 Mt. auf 200 Mt., d. h. auf das 35fache.

Auch innerhalb der einzelnen Bedarfsgruppen war die Steigerung eine sehr verschiedene. Es stiegen z. B. 1 Pfund Hefe von 25 Pf. auf 8,90 Mt., d. h. auf das 36fache, 1 Pfund Margarine von 80 Pf. auf 34 Mt., d. h. auf das 42fache, 1 Pfund Reis von 22 Pf. auf 11,60 Mt., d. h. auf das 53fache, 1 Pfund Kartoffeln von 2½ Pf. auf 3,10 Mt., d. h. auf das 124fache.

Infolgedessen sind manche Waren, die, an ihrem Nährwert gemessen, vor dem Kriege verhältnismäßig teuer waren, heute verhältnismäßig billig und umgekehrt. So kosteten vor dem Kriege 1000 Kalorien in Kartoffeln 7 Pf., in Haferfloren 16 Pf., hingegen heute 1000 Kalorien in Kartoffeln 8,30 Mt., in Haferfloren 5,60 Mt. Vor dem Kriege waren also, an Nährwert gemessen, Kartoffeln noch nicht halb so teuer wie Haferfloren, heute sind sie anderthalbmal so teuer.

Selbstverständlich ist das Einkommen der großen Masse der Berliner Bevölkerung seit der Vorkriegszeit weniger gestiegen als die Kosten des Existenzminimums.

Der tarifliche Wochenlohn der Maurer und Zimmerer z. B. stieg von 44,28 Mt. im Juli 1914 auf 987 Mt. im April 1922, d. h. auf das 22fache, der tarifliche Wochenlohn der verheirateten Buchdrucker von 34,38 Mt. im Juli 1914 auf 773 Mt. im April d. J., d. h. auf das 22fache, gegenüber einer Steigerung der Kosten des Existenzminimums auf das 32fache. Während im Juli 1914 der tarifliche Wochenlohn der Maurer und Zimmerer um 54 Proz., der der Buchdrucker um 19 Proz. höher war als die Kosten des Existenzminimums für eine vierköpfige Familie, war im April 1922 der tarifliche Wochenlohn der Maurer und Zimmerer um 8 Proz. größer, der der Buchdrucker um 16 Proz. geringer als dieses Existenzminimum.

Der dritte Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes

I.

Seit dem Wiederaufbau des Internationalen Gewerkschaftsbundes haben Kongresse 1919 in Amsterdam und 1920 in London stattgefunden. Der dritte Kongress tagte vom 20. bis 26. April d. J. in Rom. Ihm wohnten Vertreter der angeschlossenen Landeszentralen aus folgenden Ländern bei: Deutschland (12 Vertreter für 8 000 000 Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFD-Bundes, darunter rund 2 Millionen Frauen), England (10 Vertreter für 6 000 000 Mitglieder), Dösterreich (1 Vertreter für 1 000 000 Mitglieder, darunter 215 175 Frauen), Belgien (6 Vertreter für 718 410 Mitglieder), Bulgarien (1 Vertreter für 4000 Mitglieder, darunter 790 Frauen), Dänemark (8 Vertreter für 279 255 Mitglieder, darunter 43 850 Frauen), Spanien (2 Vertreter für 240 113 Mitglieder), Frankreich (7 Vertreter für 1 500 000 Mitglieder), Ungarn (2 Vertreter für 152 441 Mitglieder, darunter 22 245 Frauen), Italien (7 Vertreter für 2 055 773 Mitglieder), Lettland (1 Vertreter für 30 000 Mitglieder, darunter 1954 Frauen), Lemberg (2 Vertreter für 27 000 Mitglieder), Holland (9 Vertreter für 216 681 Mitglieder, darunter 12 796 Frauen), Polen (3 Vertreter für 403 138 Mitglieder, darunter 25 466 Frauen), Schweden (8 Vertreter für 277 242 Mitglieder, darunter 26 142 Frauen), Norwegen (1 Vertreter für 150 000 Mitglieder), Schweiz (6 Vertreter für 223 688 Mitglieder, darunter 43 334 Frauen), Tschechoslowakei (7 Vertreter für 750 000 Mitglieder, darunter 182 351 Frauen), Jugoslawien (1 Vertreter für 27 000 Mitglieder), im ganzen 94 Vertreter, darunter 7 Frauen, für 19 Landeszentralen mit 22 652 541 Mitgliedern. Außerdem

nahmen teil die 5 Mitglieder des Bureaus, über 30 Mitglieder von rund 20 internationalen Berufssekretariaten, jedoch ohne Stimmrecht, sowie als Gäste u. a. Vertreter des internationalen Arbeiterinnenbundes und des internationalen Arbeitsamtes in Genf.

Die Tagesordnung des Kongresses lautete wie folgt: 1. Eröffnungsrede des Präsidenten. 2. Die Wahl des Kongressbureaus. 3. Bericht der Mandatprüfungskommission. 4. Festsetzung der Geschäftsordnung. 5. Geschäftsbericht des Vorstandes. 6. Massenbericht. 7. Diskussion der vorliegenden Anträge. 8. Wiederaufbau Europas (Berichterstatler Souhau). 9. Die Frage der Abrüstung und Krieg gegen den Krieg (Berichterstatler Fimmen). 10. Internationale Reaktion; unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes um den Achtstundentag (Berichterstatler Mertens). 11. Wahlen. 12. Wahl des Landes, wo der nächste Kongress stattfinden soll.

Der erste Tag war den Begrüßungsansprüchen gewidmet. Aus der Eröffnungsrede des Vorsitzenden I h m a s sei folgendes wiedergegeben: Unser Kongress, der 19 Länder mit rund 23 Millionen Mitglieder vertritt und dem auch einige Landeszentralen angehören, die nicht vertreten sein konnten, stellt die größte internationale Macht dar, die heute vorhanden ist. Zufällig fällt der Kongress zeitlich zusammen mit der Konferenz der Regierungen in Genoa, die daran erinnert werden muß, daß Europa trotz der Lehren des Weltkrieges eine Millionen Soldaten mehr zählt als vor dem Kriege, daß in den verschiedenen Ländern heute über 10 Millionen Arbeitslose vorhanden sind. Trotzdem will man immer noch nicht einsehen, daß das Unglück eines Landes das Unglück der anderen bedeutet, und daß kein Land sich ohne die Hilfe der anderen Länder wieder aufrichten kann. Unter diesen Umständen müssen die Arbeiter dafür sorgen, daß die internationalen Gesichtspunkte bei der Behandlung solcher Probleme in den Vordergrund gestellt werden. Wir haben uns schon 1919 in Amsterdam gegen die Blockade Rußlands gewendet; wir haben im August 1920 die Munitionssperre durchgeföhrt und dadurch zur Beendigung des polnisch-russischen Krieges beigetragen, um neuerdings wieder eine Unterstützungsfaktion für die Hungernden in Rußland einzuleiten. Daneben aber wünschen wir nichts schlimmer, als recht bald auch wirkliche Vertreter der russischen Gewerkschaften unter uns zu sehen, die bereit sind, die gemeinsame Arbeit zu fördern, nicht aber die Bewegung in anderen Ländern zu spalten.

Der Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes lag in Form einer Druckchrift von 128 Seiten vor. Nachdem der Aufbau des Bundes und seiner Geschäftsstelle in Amsterdam geschildert worden sind, folgt eine Darstellung der Tätigkeit des Bundes. An dieser Stelle kann davon nur hervorgehoben werden der Boykott gegen Ungarn, die Verweigerung der Munitionstransporte im polnisch-russischen Kriege, die Hissaktion für die Wiener Arbeiterbevölkerung und neuerdings eine noch weit größere Aktion für die Hungernden in Rußland. Die Spaltung der sozialistischen Internationalen und die sich daraus ergebende Ohnmacht führten dazu, daß, wie auf vielen anderen rein politischen Gebieten der Internationalen Gewerkschaftsbund auch in der Frage des 1. Mai die Initiative selbst in die Hand nehmen mußte. Am 16. April 1920 rief der IGB die Arbeiter aller Länder auf, am 1. Mai für die Sozialisierung der Produktionsmittel und die Durchföhierung der Beschlüsse von Washington zu demonstrieren.

Der Maaufauf für das nächste Jahr fügte noch die Forderung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Militarismus, des Eintretens für einen Weltfrieden hinzu. Die Propaganda gegen den Krieg soll mit immer größerer Energie geföhrt werden.

Die Einnahmen und Ausgaben beliefen sich 1920 auf 156 000 holländische Gulden, wovon 54 000 Gulden für Gehälter, im Jahre 1921 auf 159 000 Gulden, wovon 84 000 Gulden für Gehälter erforderlich waren. Die betragsgewaltigen Länder sind meist solche mit sehr geringer Wäluuta. Der Sitz des Sekretariats aber befindet sich in einem Lande mit sehr hoher Wäluuta, woraus sich erklärt, daß trotz der verhältnismäßig hohen Beiträge (Deutschland zahlte z. B. im letzten Jahre 472 000 Mt. Beiträge) die holländischen Organisationen mit Darlehen einspringen mußten. Infolge der sonderbaren Wäluutaverhältnisse stammt nominell mehr als die Hälfte aller Beiträge aus England.

Der Bericht war erst in Rom verteilt worden, weshalb die Aussprache darüber nur eine kurze sein konnte.

T a r n o (Deutschland) erkannte an, daß er ein recht wertvolles Dokument darstelle und über eine sehr vielseitige Arbeit des Bureaus Aufschluß gebe, wiewohl man den Eindruck habe, daß mandamal etwas weniger Nützlichkeit mehr gewesen wäre. Besonders aber müßten internationale Aktionen in Zukunft gründlicher vorbereitet werden, damit Mißerfolge, wie beim Boykott gegen Ungarn oder bei der Hissaktion für Dänemark, vermieden werden. Diefem Mangel, und nicht, wie der Bericht scheint durchblicken lassen zu wollen, der ungenügenden beruflichen Mitwirkung, sei der ungarische Mißerfolg zu verdanken. Z u l a w s k y (Polen) wandte sich dagegen, daß die verhängte Behinderung der Munitionstransporte sich nur gegen Polen, dessen Freiheit bedroht war, richtete und daß sie ohne vorheriges Inverbindtreten mit den polnischen Organisationen erfolgte. Die polnischen Arbeiter hätten selbst durch den Generalfreie die Beteiligung ihrer Regierung an diesem Kriege zu verhindern getrachtet. Als aber die Bolschewisten erobernd ins Land drangen und vor Warschau standen, da hätten auch die Arbeiter die bedrohte Republik verteidigen helfen müssen.

B u t s e g (Ausschweden) bemerkte sehr, daß die Hissaktion für die Hungernden in Rußland in einem rein landwirtschaftlichen Gebiete erfolge und nicht in einem Gebiete, wo sie ermöglicht hätte, mit der Industriearbeitererschaft in Föhlung zu kommen. Im übrigen wünscht er weitere Förderung der Bewegung in schlecht organisierten Ländern durch die Internationalen.

D u m o u l i n (Frankreich) begrüßt besonders, daß der IGB Arbeiter aus den beiden Lagern der kriegführenden Länder wieder zusammenführen konnte und daß er alles tat, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu fördern. Dem vorgelegten Bericht stimmt auch er zu, wünscht aber nicht, sich dadurch für die zufällige Haltung des Bureaus festzuhalten.

Die Vertreter aus Lettland, Jugoslawien, Italien und Spanien sprachen für die ihrer Bewegung geleistete Hilfe den Dank aus, wobei der spanische Redner erklärte, daß der an seine Regierung gerichtete Protest des IGB gegen den

welchen Schreden bei der spanischen Regierung nicht ohne Wirkung geblieben sei und sich die Verhältnisse seitdem nicht wenig gebessert haben.

Stimmen (Getreide) antwortete für das Bureau auf die verschiedenen Einwände und Fragen: der ungarische Vorkont war ein Teilerfolg, besonders dank der österreichischen und tschechischen Eisenbahnen, obwohl die Vorbereitungen hätten besser sein können. Darauf wird in Zukunft auch mehr Gewicht gelegt werden. Die Aktion gegen die polnischen Munitionstransporte habe sich nicht gegen Polen, sondern gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges gerichtet, und sie würde das in ähnlichen Fällen stets wiederholt werden. Mit besonderer Genugtuung wies der Redner darauf hin, daß der IGB schon innerhalb zweijähriger Tätigkeit nach dem Kriege die größte und einzig wirklich geschlossene internationale proletarische Macht darstelle.

Der Bericht des Bureaus wurde darauf einstimmig gutgeheißen, desgleichen der von einem Bücherrevisor in Amsterdam geprüfte Kassenbericht.

Der dritte Tag (22. April) brachte die Ausprache über den Wiederaufbau Europas. Berichterstatter ist Souhaig (Frankreich), der über die gleiche Frage auch eine kleine Druckschrift vorgelegt hat. Da die Stellungnahme des Genossen Souhaig zu dieser Frage aus früheren Ausführungen zur Genüge bekannt ist, erübrigt es sich, hier ausführlicher zu berichten.

Leipart (Deutschland) erwies auf die besagten Werte Lage der deutschen Arbeiterchaft und auf die Arbeitslosigkeit in den Ententeländern, zum Teil eine Folge der Geldentwertung in Deutschland und Mitteleuropa, die die heutige ungelagerte Weltwirtschaft und die falsche Politik widerspiegeln, die heute in Europa getrieben wird und die auch die russische Hungersnot verschuldeten. Die unerhörten Reparationen, eine Politik des Hasses und der Rache, erschwert nicht nur die Lage der deutschen Arbeiter, sondern der Arbeiter aller Länder, denen man nicht die Wahrheit sagt, wenn man behauptet, daß die Deutschen ein Wohlleben führen und daß es unseren Arbeitern besser gehe als in anderen Ländern. Leider hören aber auch Arbeiterblätter oft mehr auf die gefährlichen Berichte der bürgerlichen Presse wie auf die Mitteilungen, die sie von unseren Gewerkschaften erhalten. Leipart ging dann ausführlich auf die heutige Wirtschaftslage Deutschlands über, auf den Rohstoffmangel, der den Beschäftigungsgrad herabdrückt und auf die Wirkungen der Währungschwankungen, die schon technisch die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung fast unmöglich machen. Dabei wird der Hauptteil der Reparationsleistungen von den Ententekommissionen und Besatzungsgruppen aufgebraucht. Gegen diese Verwendungs deutscher Wirtschaftskraft und des Schweißes der deutschen Arbeiter wenden sich diese voller Empörung und Zorn. Diese Politik muß durch internationales Zusammenwirken der Völker, durch eine Politik der Vernunft, der Versöhnung und der Menschlichkeit ersetzt werden. Der Redner beantragte, die von der vorbereitenden Konferenz in Genua beschlossene Resolution anzunehmen.

Ben Turner (England) schloß sich den Vorrednern an. Benozzi (Italien) wies darauf hin, daß es seinem Lande noch schlimmer geht als den besetzten Ländern, denn es hat auch in den neu gewonnenen Gebieten keine Rohstoffe. Der Zusammenbruch künstlich geschaffener Kriegsindustrien und die Unmöglichkeit der Auswanderung haben dazu geführt, daß Italien heute eine Million Arbeitslose und eine halbe Million Kurzarbeiter zählt. Nur die Stillhaltung der Kriegsschiffe und die internationale Regelung der Rohstoffverteilung können die heutige Lage wirklich bessern, und das sollte in der Resolution noch schärfer zum Ausdruck kommen. Auch wünschte der Redner, daß alles geschieht, um den Wiederaufbau der amerikanischen Gewerkschaften an den IGB herbeizuführen.

Madfen (Dänemark) berichtete über die Lage in den skandinavischen Ländern und über das Ergebnis der letzten großen Kämpfe.

Die nachfolgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen:

„Im Augenblick, wo die in Genua versammelten Vertreter der Regierungen die Mittel ausfindig zu machen suchen, um die wirtschaftliche Reorganisation Europas zu sichern und wo sie unter dem Druck der Tatsachen die Notwendigkeit einer neuen internationalen Politik und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den Völkern anerkennen, hat der Internationale Gewerkschaftsbund eine Konferenz zusammenberufen, um auch die Stimme der Arbeiterchaft hören zu lassen, ohne deren Mitarbeit das von allen Ländern geforderte Werk des Wiederaufbaues nicht in Angriff genommen und durchgeführt werden kann.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise deckt die noch dem Kriege begangenen Fehler auf. Sie ist das Resultat des wirtschaftlichen Nationalismus und Imperialismus und der dauernden Verneinung der Tatsache der gegenseitigen materiellen und moralischen Abhängigkeit der Völker. Diese Fehler werden verstärkt durch die Wirkungen der Spekulation, durch den Umstand, daß sich die Produktion nicht nach den Bedürfnissen richtet, und durch die Entwicklung eines Finanzkapitalismus, der, ohne direkt an der Produktion beteiligt zu sein, immer größere Macht über die gesamte Weltwirtschaft ausübt. Weil durch die Umstände begünstigte Nationen die Solidarität vertragen, die ihr Schicksal tatsächlich an dasjenige der durch den Krieg verarmten Nationen bindet, ist die gewaltige Ungleichgewichtsverteilung entstanden, die in den reicheren Ländern durch die Steigerung in der Produktion zum Ausdruck kommt, während die erschöpften Nationen nicht einmal in der Lage sind, für die primitivsten Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen aufzukommen.

Eine derartige Politik und ein solches System verurteilen sich selbst durch ihre Folgen.

Die Arbeiterkonferenz weist nachdrücklich auf die verhängnisvollen Folgen hin, die diese Lage für die Arbeiterchaft nach sich zieht.

Zu einer Zeit, in der die volle Ausnutzung jeder Arbeitskraft geboten ist, befinden sich ungefähr 10 Millionen Lohnarbeiter arbeitslos und brotlos. Die Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterchaft in allen Ländern verflüchtigt dort noch die unerträgliche Notlage, in welcher sich die Familien der Erwerbslosen befinden, zieht aber auch schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft der anderen Länder nach sich. Die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts hat einen derartigen Umfang angenommen, daß die Verarmung einer Nation unmittelbar den Ruin der anderen nach sich zieht.

Aus unserer Bewegung im Steindruckgewerbe

Nürnberg-Gürth.

Durch Verhandlung der beiden Vorständen der Unternehmer und Hilfsarbeiter sind für Mai dieselben Zulagen vereinbart worden, die das Hilfspersonal im April erhalten hat. Die Zulagen betragen ab 1. Mai für Hilfsarbeiter von 16 bis 18 Jahren wöchentlich 110 Mk., für Hilfsarbeiter von 18 bis 21 Jahren 120 Mk., von 21 bis 24 Jahren 130 Mk. und über 24 Jahre 139 Mk.

Alle Angelerinnen, Fangerinnen, Mafaturgieherinnen und Goldauflegerinnen erhalten eine wöchentliche Zulage von 85 Mk., alle sonstigen Hilfsarbeiterinnen 83 Mk. Jugendliche unter 16 Jahren, soweit sie nicht an der Maschine oder als Goldauflegerinnen tätig sind, bekommen eine Lohn-erhöhung von 50 Mk.

Bei den Lohnlägen für Nürnberg-Gürth ist zu beachten, daß im Steindruckgewerbe für das Maschinenpersonal keine Bezehzeit besteht. Wer an die Maschine gestellt wird, bekommt sofort den zuständigen Lohn der Branche.

Aus unseren Zählstellen

Berlin. Bei der am Sonntag, 14. Mai, durch Urabstimmung vorgenommenen Wahl des Berliner Ortsvorstandes, der Angestellten und des Beiratsmitgliedes wurde, wie zu erwarten war, die Liste I (Richtung Umstodam), mit großer Mehrheit gewählt. Insgesamt wurden abgegeben 5755 Stimmen, von denen 319 ungültig waren. Davon erhielten: Otto Gloth 2892, Gustav Grohmann 3407, Franz Bergemann 3162, Max Blankenburg 3131, Paul Baumgarten 3041, Max Fuchs 3004, Olga Schöbel 2965, Karl Sella 2922, Alfred März 3088, Willi Grohmann 3007, Helene Kirbich 2889, Paula Dörfler 2863, Paul Schulze 2908, Richard Wendlich 2915, Effe Wagner 2894, Emma Wolf 2879, Paul Schönberg 2875 und Oskar Schäfer 2689 Stimmen. Die von der Moskauer Zelle aufgestellten Kandidaten blieben mit 2108 bis 2310 Stimmen in der Minderheit.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 5. Mai 1922 sprach der Arbeiterratssekretär Neumann über das Arbeitszeitgesetz. An hand der verschiedenen Paragraphen von der Referent nach, daß das Arbeitszeitgesetz ein Verstoß der Regierung und Unternehmer sei, den gesetzlichen Achtstundentag illusorisch zu machen. Infolge der gewerkschaftlichen Organisationsmängel sei, diesen Angriff der Regierung sowie der Unternehmer zu parieren, das Gesetz in dieser Form prinzipiell abzulehnen und den Achtstundentag als Erwerbsmittel langjähriger gewerkschaftlicher Kämpfe mit allen Mitteln zu verteidigen. Referent richtete an die Kollegenchaft den Appell, Überstunden unter allen Umständen abzulehnen und im gegebenen Moment den Kampf für den Achtstundentag aufzunehmen. Kollege Böhm gab den Bericht über die Lohnverhandlungen. Nach Scheitern der Verhandlungen ist das Arbeitsministerium angerufen worden, welches entschied, daß die im April gewährte Zulage von 160 Mk. mit der proportionalen Aufstufung für Hilfsarbeiter auch für Mai auf die bisherigen Löhne in Anwendung kommen sollte. Die vom Grapfischen Kartell vorgeschlagene Resolution wurde angenommen, in der es heißt, die durch den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums erreichte Zulage kann nicht als ein der herrschenden Leuerung entsprechender Ausgleich betrachtet werden. Die Verbandsinstanzen werden aufgefordert, sofort neue Verhandlungen zu veranlassen, damit noch für den Monat Mai eine weitere Erhöhung erreicht wird. Sollte das nächste Abkommen wiederum unzureichend sein, so wird die graphische Arbeiterchaft gemeinsam mit allen Mitteln ihren gerechten Forderungen Geltung verschaffen. Aufstehend berichtete Kollege Selge über die Verhandlungen im Steindruck. Auch sie seien recht schwierig gewesen und hätten abgebrochen werden müssen. Es finden aber am Donnerstag dieser Woche erneut Verhandlungen statt. Ueber das Ergebnis soll dann berichtet werden. Für Hamburg müßten bei jeder Erhöhung der Löhne für die Gehilfen von unserer Seite besondere Verhandlungen anberaumt werden. Der Beschluß des Bundesvorstandes, daß alle männlichen gewerkschaftlichen Mitglieder 5 Mk. und alle weiblichen 3 Mk. für die streikenden süddeutschen Metallarbeiter abzugeben haben und je 1 Mk. für Errichtung des Bundeshauses, wurde angenommen.

Köln. Am 4. Mai fand in den Klubräumen des Kolonialhauses eine stark besuchte Mitgliederversammlung statt. Einiges der Versammlung ehrten die Anwesenden das Andenken ihres verstorbenen Kollegen und Gausleiters Herrn. Bell sowie der Kollegin Anna Grün in der üblichen Weise. Der Versammlungsleiter hob noch einmal die hervorragenden Verdienste des Kollegen Bell hervor, der zehn Jahre lang die Geschäfte der Zählstelle Köln geleitet, der unermüdlich und raffisch im Gau tätig gewesen, sein ganzes Denken und Sinnen in den Dienst der Organisation gestellt habe. Nachdem unter geschäftlichen Mitteilungen einige verwaltungs-technische Fragen behandelt und über ein von unerwarteten Kollegen verbreitetes Bindenscheinverbot geäußerte Aufklärung gegeben war, schritt die Versammlung zur Ergänzungswahl des Vorstandes. Als Nachfolger des verstorbenen Kollegen Bell wurde der provisorische Gausleiter Kollege Heilmann als 1. Vorsteher gewählt. Kollege Krosch, der einigens der Versammlung seinen Posten als 2. Vorsteher niedergelegt hatte, zog nach eingehender Aussprache seine Amtsniederlegung zurück. Die Versammlung wählte ihn einstimmig wieder. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Die neuen Leuerungszulagen, nahm den breitesten Raum der Versammlung ein. Nach eingehendem Bericht des Kollegen Heilmann über den Verlauf der Verhandlung, die trotz aller ersten Versuche zu keinem annehmbaren Ergebnis kommen konnten und schließlich zum inzwischen bekannten Schiedspruch vom Reichsarbeitsministerium führten, setzte eine äußerst lebhaft diskutierten ein, in der unüberhörlich die starke Erbitterung gegen die zugeknöpfte Unternehmerrchaft im graphischen Gewerbe zum Ausdruck kam. Von der Abstufung einer Resolution wurde Abstand genommen. Das Gros der Kölner Kollegenchaft legt keinen Wert auf papierne Entschuldigungen, sondern bekundet, geschloffen hinter ihren Führern zu stehen, bereit, deren Weisungen nachzukommen,

auch durch etwa notwendig werdende energischeren Maßnahmen zur Lebenshaltung der graphischen Arbeiterchaft beigetragen und dieses den Prinzipalen vor Augen zu halten. — Den Bericht über die Tarifausstellung vom 29. April über den verführten Abbau der Sonderzulage gab Kollege Heilmann, der an den Verhandlungen teilgenommen hatte. Die unverständlichen Abbaugesüste in der letzten Zeit seitens der rheinischen Prinzipalität fanden gebührende Unterbrechung. Das Tarifamt hat in dieser Angelegenheit einen Schiedspruch gefaßt, der die Kollegenchaft in bezug auf die Zeiteräumung nicht befriedigt, in Würdigung der Verhältnisse jedoch zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Mit einem Appell an die Kollegenchaft, immer so einmütig und geschloffen zusammenzutreten wie am heutigen Versammlungsabend, schloß Vorsteher die angeregte verlaufene Versammlung.

Nürnberg-Gürth. In den am 2. und 4. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlungen gedachte der Vorsteher zunächst des Lebens zweier Mitglieder sowie des Hinscheidens des Kollegen Bell in Köln und des Abgeordneten Hue. Auch der Verlust, den unsere Münchener Zählstelle durch den tragischen Tod der Kollegin Burfert erlitten hat, fand eine gebührende Würdigung. Dem Beschluß- und Kassenbericht für das 1. Quartal 1922 ist zu entnehmen, daß uns dieser Zeitraum einen Zuwachs von 104 Mitgliedern brachte. Der flotte Beschäftigungsgrad im Steindruck verlangte nach weiblichen Arbeitskräften, und der Zustrom zu den Druckereien fand seine Erklärung durch den Kampf in der Metallindustrie, der manche Frau wieder zur Erwerbstätigkeit zwang, um so das Familieneinkommen zu erhöhen. Bedauerlicherweise erfolgte die Arbeitsannahme vielfach mit Umgehung des Arbeitsnachweises. Der Beschäftigungsgrad im Buchdruck hat einen Niedrigstand erfahren, der zum Teil im Zusammenhang mit dem Streik bzw. der Ausprägung in der Metallindustrie steht. Einen teilweisen Erfolg hatten auch die Bemühungen um Gewinnung des Hilfspersonals in den Buchdruckereien, das bisher dem Lohnabkommen in der Metallindustrie unterstand. Durch den inzwischen ausgebrochenen Kampf mußte diese Aufgabe unerledigt bleiben. An dem Streik in der Metallindustrie waren wir bei Beginn mit 15 Mitgliedern beteiligt, deren Zahl inzwischen auf 10 gesunken ist, an die neben der Streikunterstützung auch aus den Mitteln der Lokalkasse entsprechende Zuschüsse zur Auszahlung gelangen. Die Verbandsliste hatte im 1. Quartal eine Einnahme von 84 745 Mk., wovon nach Abzug der Unterhaltungen und sonstigen Ausgaben ein Ueberchuß von 64 289 Mk. nach Berlin gefandt wurde. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 23 270 Mk. Der Mitgliederstand betrug am Quartalschluß 282 männliche und 1326 weibliche Personen, insgesamt 1608. Aus dem Berichte über die Tätigkeit im Gau ist hervorzuheben, daß die Papierwarenfabrikanten der Lünen- und Beuelbranchen eine neue Organisation gründeten, deren Bestreben unter anderem auch die Nichtanerkennung bzw. Aufschaltung des Hilfsarbeitertarifs, auch für die an Druckmaschinen beschäftigten Arbeiterinnen, ist. Wegen der Erhebung eines einmaligen Extrabetrages wurde auf die verschiedenen Zeitungsartikel in der Arbeiterpresse hingewiesen. Durch die erfolgreiche Beendigung des Kampfes der dänischen Arbeiterchaft ist die Unterstützung derselben inzwischen gegenstandslos geworden, so daß also vorerst nur der Extrabtrag von 1 Mk. pro Mitglied für das Bundeshaus der Gewerkschaften zu erheben ist. Nach einem Bericht in der Parteipresse sollen die Extrabträge in der Höhe von 3 Mk. für weibliche und 5 Mk. für männliche Mitglieder, die für die Dänen bestimmt waren, nun zur Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter erhoben und verwendet werden. Die grundsätzliche Bedeutung, die ein freigelegter Ausgang dieses großen Ringens zweier mächtiger Organisationen für die gesamte Arbeiterchaft hat, wurde eingehend dargelegt und einstimmig beschloffen, daß, wenn seitens des Verbandsvorstandes die Aufforderung zur Zahlung des Extrabetrages erfolgt, die Ableistung ohne weiteres erfolgt. Anerkannt muß werden, daß bisher schon das Hilfspersonal mehrerer Steindruckereien erhebliche Beträge durch Sammlungen aufbrachte. Was Karl Marx von den englischen Arbeitern rühmte, daß sie die Preistämpfer für die gesamte Arbeiterchaft waren, das trifft für die Metallarbeiterchaft zu, die sich damit nur gegen eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes wehrt. Das Ergebnis der Verhandlungen im Buchdruck wurde kritisch besprochen. Während in den Friedenszeiten mit einer gewissen Befriedigung stets betont wurde, daß im Buchdruckgewerbe, im Gegensatz zu vielen anderen Berufen, die Lohnfrage ohne Vermittlung außenstehender Kreise selbständig in schiedsrichterlicher Weise erledigt wurde, ist man jetzt infolge der Engbrigkeit gewisser Prinzipalstrefen davon abgekommen, und die Tragkraft des Tarifgebäudes bedarf stets der Stütze des Reichsarbeitsministeriums, das nun schon zum achten Mal vermittelnd eingriff. Von einer Erhöhung des Prozentsatzes für das Hilfspersonal spürt man keinen Hauch. Wenn seitens der Buchdruckprinzipale immer wieder auf die hohen Papierpreise verwiesen wird, so ist darauf zu erwidern, daß die bürgerliche Presse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sich für die Beseitigung der Zwangswirtschaft, das freie Spiel der Kräfte, den hemmungslosen Wucher in jeder Form ausgesprochen hat. Mit verdrängten Worten wurden die Konsumenteninteressen des arbeitenden Volkes von der bürgerlichen Presse stets zertreten, die ihrer Natur nach die Vertretung der Agrar-, Industrie- und Handelsinteressen ist, mag sie auch in einzelnen Abweichen, je nach der grünen, schwarzen oder schwarzweißroten Färbung. Auch der dünne demokratische Firnis, der Modeanstrich, ist nicht wetterfest. Die zentralen Verhandlungen im Steindruckgewerbe sind ergebnislos verlaufen. Ist auch unser Tarif nur ein drücklicher, so sind wir insofern abhängig von den Gehilfen, weil das Abkommen Verhandlungen über neue Leuerungszulagen erst nach einer Lohnrevision für die Lithographen und Steindruckvorsteher. Es wurde auf den Ablauf des Tarifes am 31. Mai verwiesen und besonders die Beibehaltung der 47stündigen Arbeitswoche betont. Bei den Verhandlungen über den neuen Tarif werden von unserer Seite verschiedene Änderungsanträge gestellt, die in besonderen Branchenversammlungen zur Behandlung und Beschlußfassung kommen. Einem Reichstarif für das Steindruckgewerbe stand die Versammlung ziemlich kritisch gegenüber, weil dieser den arbeiterreichen Städten kaum nennenswerte Vorteile bringen dürfte und die Provinz nicht die vielen Mittel- und Kleinbetriebe aufzeweisen hat wie das Buchdruckgewerbe. Bei dem Organisationszwang, der im Steindruckgewerbe herrscht, sind Extratouren, wie sie von einem Teil der Buchdruckprinzipale in der Provinz unter stillschweigender Duldung durch deren Organisa-

tionen getanzt werden, ausgeschlossen. Diese Rüstigkeit wie bei der Durchführung des Hilfsarbeitertarifes in den Provinzdruckereien wäre im Steindruck nicht möglich. Auch die einjährige Gültigkeitsdauer des Steindrucktarifes ist gegenüber der zweijährigen des Buchdrucktarifes als Fortschritt zu bezeichnen. Den Schluß der sehr anregend verlaufenen Versammlung bildete die Erledigung lokaler Angelegenheiten.

Rundschau

Der Arbeitsmarkt im März hatte sich nach den statistischen Erhebungen gegen den Februar gebessert. Die günstige Gestaltung war in der Hauptsache auf die Belebung des Baugewerbes und auf die erhöhte Arbeitsmöglichkeit in der Landwirtschaft (Frühjahrsbestellung) zurückzuführen. Die Industrie hatte an der Belebung des Arbeitsmarktes geringeren Anteil. Die Mitgliederzahl bei den Krankenkassen stieg um 2,1 v. H. gegen 1,7 v. H. im Vormonat. Bei den öffentlichen Arbeitsämtern ließ sich eine starke Zunahme von Stellenangeboten erkennen, während sich die Zahl der Arbeitsgesuche nur wenig vermehrte. Auch bei den Mitgliedern der Gewerkschaften fiel die Zahl der Arbeitslosen. Am Ende der letzten Februarwoche entfielen auf je 100 vom Bericht erstattete Mitglieder 2,7 Arbeitslose, im März war diese Zahl auf 1,1 zurückgegangen. Mitgliederzahlen und Stand der Arbeitslosigkeit in den Verbänden des graphischen Gewerbes zeigt nachstehende Uebersicht:

Mitglieder	Auf 100 Mitglieder kamen Arbeitslose						
	Februar			März			
	m.	w.	zul.	m.	w.	zul.	
Buchbinder . . .	01766	1,0	0,8	0,9	0,8	0,6	0,7
Buchdrucker . . .	73400	1,7	—	1,7	—	—	1,7
Hilfsarbeiter . . .	49518	1,1	0,9	1,0	1,0	0,8	1,0
Steindrucker . . .	18953	0,9	2,1	0,7	0,9	8,2	0,9
Graph. Zentralverb.	6787	0,2	0,1	0,1	0,4	0,2	0,3
Gutenbergbund . . .	3018	1,2	—	1,2	1,3	—	1,3

Lohntabellen, enthaltend die Löhne für Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen (nach Boden-, Tag- und Stundenlohn berechnet) und das Kostgeld der Lehrlinge, sind vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239, zum Preise von 3 M. pro Exemplar bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen.

Die Sonderzulagen im Kreise Rheinland-Westfalen bleiben nach einem Entsch. den das Tarifamt Ende April gefaßt hat, bestehen. Von den Prinzipalen war ein Abbau der Sonderzulagen im Kreise II beantragt worden. In Gegenwart der Kreisvertreter wurde vor dem Tarifamt verhandelt, das zu folgendem Beschl. kam:

„Das Tarifamt erachtet den derzeitigen Zeitpunkt für nicht geeignet, einem Abbau der Sonderzulage des Kreises II seine Zustimmung zu geben. Es beschließt jedoch, daß bis zum 1. Oktober 1922 ein Abbau der Sonderzulage vorzunehmen ist; jedoch behält sich das Tarifamt vor die Durchführung des Abbaues eine nochmalige Prüfung der für den Abbau in Betracht kommenden Verhältnisse, Festlegung der Höhe des Abschlags und endgültige Beschlußfassung vor.“

Neue Teuerungszulagen für die graphischen Arbeiter in Deutschösterreich sind durch das Graphische Kartell nach äußerst schwierigen Verhandlungen vereinbart worden. Nach der getroffenen Vereinbarung wurden die seit dem 20. Februar bestehenden Gesamtmindestlöhne für Gehilfen und Hilfsarbeiter ab 24. April um 10 Proz. erhöht. Der bestbezahlte Gehilfe verdient somit in Wien wöchentlich 27 819 Kronen, der verheiratete Hilfsarbeiter 18 758 Kronen und die Hilfsarbeiterin 14 867 Kronen.

Der Geschäftsbericht des Tarifamtes von 1921, der über alles Wissenswerte auf dem Bohngebiete, soweit es sich um Veränderungen und Vorkommnisse aus dem Jahre 1921 handelt, unterrichtet, ist zum Preise von 5 M. bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Postfachkonto Nr. 65 058 Berlin SW. 7.) Vorherige Einfindung des Betrages der Einfachheit halber dringend erbeten.

Schwertriebsbeschädigte betreffend: Es suchen Stellung u. g. Handfeger (linkes Bein gelähmt), will in Berlin Maschinenfeger werden. — Handfeger (linkes Fußgelenk gelähmt, rechts Unterschenkelgeschwür), will Maschinenfeger in Südwestdeutschland werden. — Handfeger (Verstümmelung des linken Daumens), will Maschinenfeger werden. — Korrektor sucht Stellung als solcher in größerer Druckerei Berlins. — Handfeger (Lungenleiden) sucht leichte Beschäftigung im Zeitungsbetrieb; Kontorleut. aussehendes Korrekturlesen über ähnliche Arbeiten, Lagerverwalter für größere Werkdruckereien, auch als Akquisiteur für Inserate oder Druckfächer. — Gelehrter Schmeizerbeleg, Meisterprüfung mit „Sehr gut“ bestanden, mit Kalkulation, Schmalzmaschinen- und Stereotypbetrieb vertraut, kaufmännisch ausgebildet, sucht leitende Stellung im Kontor. — Handfeger (Verlust des linken Armes) sucht Stellung. — Am Zehmitum ausgebildeter Linotypsetzer sucht Stellung als solcher. — Nicht Schwertriebsbeschädigter will sich im Maschinenfabrik ausbilden. — Es werden verlangt: Nach Salzwedel ein Schwertriebsbeschädigter für Korrekturlesen oder leichtere Arbeiten; Zeitungsbeleg. — Nach Wernigerode (Harz) ein Schwertriebsbeschädigter, der entweder als Korrektor oder als Buchbinder Verwendung finden kann.

Flüchtling aus Rosen, firm in Inseraten, Abzügen und Tabellen, evtl. auch als Schmeizerbeleg, sucht in größerer Stadt der Provinz Stellung.

Ueber die Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen sind durch Gesetz vom 30. März 1922 besondere Vorschriften erlassen worden. Ein Teil der Verordnungen sind bis zum 31. Oktober 1922 dadurch verlängert worden. In einer Rundschau vom 16. März der „Solidarität“ haben wir auf das Gesetz bereits hingewiesen. Aus Kollegenkreisen kommt jetzt die Anregung, diejenigen Verordnungen genau anzuführen, die nach dem Gesetz vom 30. März ver-

längert worden sind. Die Kollegen können den jetzt bestehenden Rechtszustand aus folgender Zusammenstellung erkennen:

Bis 31. Oktober 1922 verlängert wurde die Geltungsdauer nachstehender Demobilisierungsverordnungen:

1. Verordnung des Reichsarbeitsministers über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 nebst der ändernden Verordnung vom 31. März 1922.

2. Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung über Arbeitsnachweise vom 9. Dezember 1918.

3. Verordnung des Reichsarbeitsministers über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1920 und Verordnung des Reichsarbeitsministers betreffend Venderung dieser Verordnung vom 28. Januar 1922.

4. Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 nebst der ergänzenden Anordnung vom 17. Dezember 1918.

5. Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 18. März 1919.

6. Verordnung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsarbeitsministers betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und -stilllegungen vom 8. November 1920.

Von den weiteren acht Verordnungen, die vorläufig bestehen bleiben, wird unsere Mitglieder nur noch interessieren die

Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung über Erweiterung der Fortbildungspflicht vom 28. März 1919.

Von den Verordnungen der Landesregierungen und der ihnen nachgeordneten Demobilisierungsbehörden wurde bis 31. März 1922 unter anderen auch verlängert das Hausgehilfenrecht.

Die nicht im Gesetz vom 30. März 1922 genannten Verordnungen sind aufgehoben und gelten nicht mehr. Zu ihnen gehören die Verordnungen zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 16. März 1919 und über die Freimachung von Arbeitsstellen vom 25. April 1920.

Berufsunvaliden betreffend. Tüchtiger Drucker, wegen vermindert. Sehschärfe nicht voll erwerbsfähig, sucht passende Beschäftigung, evtl. als Steiger. — Handfeger sucht folgende Beschäftigung. — Hilfsarbeiter, 31 Jahre alt, jetzt aus Gefangenschaft zurückgekehrt, oben- und nervenleidend, auch geringer Lungenbefehl, früher Sanitärarbeiter, sucht passenden Arbeitsplatz. — Arbeiterin, 25 Jahre alt, rechle Hand verkrüppelt, als Anlegerin und Bogenfängerin nicht mehr brauchbar, bittet dringend um Unterkommen. — Für die Berufsbeschäftigten kommt nur Berlin in Frage.

Die Herren Prinzipale werden gebeten, vorstehende Gesuche zu berücksichtigen und evtl. offene Arbeitsplätze dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239, zu melden.

Die Angestellten zum Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland. Der Gesamtverband des IFA-Bundes hat die freigewerkschaftlichen Angestellten zur Solidarität für die kämpfenden Metallarbeiter aufgerufen. In einem Aufruf weist er seine Mitglieder darauf hin, daß das organisierte Unternehmertum der süddeutschen Metallindustrie einen wohlbedachten Angriff auf den Achtstundentag führt und erinnert ferner daran, daß schon im Jahre 1908 diese Unternehmerrgruppe einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der gewerkschaftlich organisierten Angestellten im Interesse der deutschen Kapitalistenklasse gewagt hat. In dem Aufruf heißt es:

„Die organisierten Metallarbeiter Süddeutschlands haben in diesem elfwöchigen Abwehrkampf gezeigt, daß sie sich ihrer hohen historischen Mission gegenüber der gesamten Arbeiterklasse bewußt sind. Der Gesamtverband des IFA-Bundes weiß sich eins mit hunderttausenden von freigewerkschaftlich organisierten kaufmännischen und technischen Angestellten, wenn er den streikenden Metallarbeitern für ihren zähen Kampfeswillen, ihre aufrechte Haltung und ihre hohe Opferbereitschaft seine vollste Bewunderung und Sympathie zum Ausdruck bringt.“

Der Vorstand des IFA-Bundes erwartet deshalb, daß in dieser Stunde des verschärften Klassenkampfes die Solidarität der Kopf- und Handarbeiter zur Tat wird und macht sich deshalb den Beschluß der letzten Zus.-hufstellung des IFA-B. zu eigen. Alle männlichen Mitglieder der Angestelltenverbände werden zu einem Beitrag von 5 M., alle weiblichen zu einem Beitrag von 3 M. verpflichtet.

Die Arbeiterpresse in Deutschland spricht zu ungefähr 4 Millionen Lesern, die kapitalistischen Blätter zu 25 Millionen. Im ganzen gibt es in Deutschland gegen 4000 Zeitungen, davon dienen 300 der Arbeiterbewegung. Wieviel Arbeiter und Arbeiterinnen mag es wohl geben, die ihre geistige Kost aus den General- und Lokalangelegern beziehen? Ist es da ein Wunder, wenn der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus so unendlich schwer ist? Man bedenke, in 25 Millionen Zeitungen wird täglich offener und verdeckter Kampf gegen die Arbeiterklasse geführt, denn alle diese Blätter dienen dem Kapitalismus und werden von ihm erhalten. Die fortgesetzten Verdrängungen und Beschimpfungen der Arbeiter, ihrer Einrichtungen, ihrer Vertreter in Staat und Gemeinde lassen sich Arbeiter ruhig gefallen, ja bezahlen noch dafür, indem sie diese Blätter abonnieren. Man verhöhnt, bewißelt und beschimpft sie, der dumme Arbeiter, der seinen Generalangelegern liest, merkt nichts, er freut sich noch über den guten „Witz“, über das spaßige Bild in seinem Leib- und Kattschblatt. In 25 Millionen Exemplaren führt der Kapitalismus ständig seinen Kampf gegen die Bestrebungen der Arbeiter, seine Stimme geht weit, die Arbeiterpresse kann nur schwer gegen ihn aufkommen. Wir müssen daher mit allen Kräften dafür sorgen, daß die bürgerlichen Blätter aus den Arbeiterwohnungen verschwinden. Mit der Verbreitung der Arbeiterpresse tragen wir mehr zur Befreiung des Proletariats bei als durch langatmige Verammelungsreden.

Eingegangene Druckschriften

Die Werkstatt des Geistes. Von Gerhart Egger. Selbstverlag der „Proletarischen Jugend“, Sammlung sozialistischer Jugendchriften. Verlag der Buchhandlung „Graf“, Berlin G. 2, Reiche Str. 8/9. Der Verfasser der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ und „Theater“ bringt in diesem neuen Werk eine wissenschaftliche Darstellung der Entstehung des menschlichen Geistes, einmal auf naturwissenschaftlicher und dann auf geistlicher Grundlage. In der Einleitung ist dargestellt, wie ungenügend die Volksschulbildung ist, die nur in Hofflicher, sondern auch in methodischer Hinsicht ist. Der Verfasser beruht die Aufstellung, daß die Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Jugendbewegung im besonderen sich nicht nur auf die Bildung des Intellekts und höchsten Geistesunterrichts und des höchsten Geistesvermögens beschränken darf, sondern auch noch methodisch zu leisten hat in der Ausbildung des Denkvermögens an sich. Die drei Hauptaufgaben der Arbeit dienen dazu, den Jugendlichen einen tiefen Einblick in die Bedeutung und Entstehung des Denkvermögens zu geben. Im ersten Kapitel sind die naturwissenschaftlichen Vorgänge, deren Produkt das menschliche Denken ist, dargestellt; das zweite Kapitel ist eine geistliche Schilderung der geistlichen Entwicklung des menschlichen Denkens. Diese Schilderung dient, ebenso wie die anderen Teile der gleichen Sammlung, die größte Verbreitung unter der arbeitenden Jugend zu finden.

Wirtschaftl. Prof. Dr. Robert: Konsumgenossenschaften (Gemeinschaftskultur) Teil 3. Verlag von Ernst Heinrich Meyer (Ant. Franz Mittelbach), Stuttgart. Preis, 10 M., I. u. II. 12 M.

Bei allen Plänen zum Aufbau einer Gemeinwirtschaft steht die Gründung von Konsumgenossenschaften im Vordergrund aller Erwägungen. Der bekannte Köhler'sche Volkskulturfachler ist einer der eifrigsten Befürworter dieser Idee, für welche er mit der vorliegenden Schrift in einleuchtender, wissenschaftlich begründeter Weise wirbt. Das Buch gibt einen klaren Überblick über Entstehung und Entwicklung von Konsumgenossenschaften im Inn- und Ausland, über ihre Bedeutung und ihre Bedeutung in sozialistischer, volkswirtschaftlicher und weltanschaulicher Hinsicht. Auch an den inneren Schwierigkeiten, an den Grenzen der Anwesenheit und den Möglichkeiten der Ausbreitung geht Köhler'sch Darlegung nicht vorüber. Das Buch ist ein Anruf an die Arbeiter, es gibt die Lehre einer neuen Weltanschauung, es zeigt den Weg, der aus dem Zustand der Kapitalisterei heraus zur Gemeinwirtschaft führt, in der allein das Volk für die unteren und mittleren Volksklassen zu suchen ist.

Abrechnungen

Abrechnungen für das I. Quartal 1922 haben eingelangt:

Gau Leipzig: 237153,— M.
Gau Sa.: Althausen 9063,80, Dessau 931,25, Jäfersfeld 2947,05, Magdeburg 32803,55, Nordhausen 3709,75, Quedlinburg 470,52, Sangerhausen 503,80, Stendal 1084,55, Wernigerode 803,20, Wittenberg 2082,40, Einzelmitglieder 1522,20 M.

Gau I.: Bordeshopin 87,95, Edernförde 118,20, Flensburg 1997,15, Güstrow 362,—, Hamburg 98 746,94, Harburg 1145,90, Heide 318,90, Jhehoe 251,—, Kiel 3477,—, Lübeck 3498,35, Neumünster 62,25, Rostock 3681,40, Schleswig 414,—, Schwerin 4908,60, Wismar 590,25 M.

Heinrich Rodahl.

Briefkasten

R. Dittschow. Korrespondenzblatt und Frauenzeitschrift sind Ziel der Post zu bestellen. Bitte nach Nr. 1 der Verbandsordnung bei der Post anzufragen. — R. in Frankfurt a. M. Berichte von Betrieben und Vereinen werden nicht aufgenommen. Die Entschloßung ist dem Verbandsvorstand ausgeliefert worden.

Anzeigen

Unserem lieben Kollegen Leopold Buchler, in Firma Haas u. Grabher, und seiner lieben Gattin zur 25 jähr. Jubelfeier die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitgliedschaft Augsburg.

Unserer lieben Kollegin Johanna Hufnagel zu ihrer Vermählung mit Herrn Paul Dan nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegenchaft der Wedelschen Hofbuchdruckerei Danzig.

Unseren lieben Kolleginnen Fräul. Marie Lämmerzahl und ihrem Gemahl, Herrn Max Matthey, sowie Fräul. Anna Klein und ihrem Gemahl, Herrn Franz Schmidt, nach nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Mitglieder der Zählstelle Rudolfstadt.

Unserem lieben Kollegen Wilhelm Pfau nebst seiner lieben Gemahlin zum 25jährigen Ehejubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Fa. Karl Schmidt, Leipzig.

Sterbetafel



Am 2. Mai entschlief nach schwerem Leiden unsere liebe Kollegin

Frau Heinrich Keuten, Anna, geb. Grün

(i. J. Gebr. Stollwerck)

im Alter von 20 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbene

Die Mitgliedschaft der Zählstelle Wm a. M.

Am 8. Mai starb unerwartet schnell infolge

Herzschlag unser Kollege

Matthias Bahro

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Mitgliedschaft der Zählstelle Laß 1. B.